

C.I.A.E.Roma-Union e.V. Essen /NRW/
Centre of Integration, Affirmation and Emancipation of the Roma in
Germany



Sprecher:
Dzoni Sichelschmidt
Wissenschaftliche Beratung:
Angela Sichelschmidt
Uhlstr.64,
50321 Brühl

Tel: 02232-411 606
Mobil: 0178-2836880
e-mail: Dsichelschmidt@t-online.de
URL: [http:// www.krit.de/roma](http://www.krit.de/roma)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Brühl, den 25.08.02

Die seit vier Monaten bestehende Dauerdemonstration der Roma für ein Bleiberecht in Deutschland hat uns deutlich gezeigt, wie wenig Bereitschaft von seitens der Politik da ist, sich ernsthaft mit dem Anliegen und den Problemen der Roma auseinander zusetzen.

Die tendenziöse Isolation der Roma in der deutschen Gesellschaft hat dazu geführt, dass sie seit eh und je zu den ärmsten, ungebildetsten und sozial schwächsten Gruppe innerhalb der Minderheiten in der BRD gehören. Der Wunsch der Roma, dies zu ändern stößt jedoch gegen eine Mauer von Vorurteilen und Xenophobie, die jeden Schritt zu einem normalen Leben zunichte macht.

Die Bereitschaft sich mit der Geschichte und den Problemen der Roma auseinander zusetzen, ist in der deutschen Bevölkerung wenig vorhanden. Man greift lieber auf altbekannten Vorurteile und Klischees zurück, als sich wirklich über die Situation der Roma zu informieren und Aufklärung zu betreiben, die angesichts der Situation der Roma bitter notwendig wäre. Hier ist unser Ansicht nach die Politik gefragt, die es in der Hand hat diese prekäre Lage zu ändern.

Um ihr existentielles Anliegen vorzubringen haben die Roma einen legalen und demokratischen Weg für ihre Demonstration gewählt. Sie sind jedoch an so viele Widerstände gestoßen, dass sich für sie die Frage stellt, ob dies allein an ihrer Identität liegt. Denn im Laufe der Demonstration ging es doch von seitens der deutschen Bevölkerung und Regierung eigentlich immer darum, das Romaproblem an sich zu lösen, als sich mit ihren Problemen zu befassen, auf Grund dessen sie auf die Strasse gegangen sind.

Trotz dieser enttäuschenden Reaktionen gab es doch immer wieder Menschen, Organisationen, Politische Parteien, Landes- und Bundesabgeordnete, die das Anliegen der Roma erkannten und ihnen beistanden und halfen und es auch jetzt noch tun.

Doch die Regierung in Deutschland hält das Problem der Roma ohne wenn und aber für unlösbar.

Wir sind jedoch der Meinung, dass es möglich ist einen Weg zu finden, um die erdrückende Situation der Roma zu erleichtern.

Dies zeigt sich in den Ergebnissen eines Gesprächs, das die jugoslawischen Delegation mit den zuständigen Vertretern der Ämter aus NRW (Ministerium für Inneres und Zentralstelle für Ausländer) und unseren Vertretern am 13/14.08.02 geführt hat. Dieses Gespräch wurde protokolliert.

Aus diesem Gespräch fassen wir nun die wichtigsten Punkte zusammen:

- die jugoslawische Delegation weist darauf hin, dass sie auf Spenden und Donationen aus Deutschland angewiesen sind! Dies zeigt uns die Abhängigkeit der BRJ von der BRD und die Einseitigkeit von Entscheidungen, die sich hier zum Nachteil der Roma auswirken.
- die jugoslawische Seite bezeichnet die Abschiebung der Roma als Deportation.
- die Roma zeigen sich Unzufrieden mit dem Rückkehrabkommen, das 1996 während des Milosevic – Regimes unterzeichnet wurde und im Juni 2001 reaktiviert wurde.

C.I.A.E.Roma-Union e.V. Essen /NRW/
Centre of Integration, Affirmation and Emancipation of the Roma in
Germany

- Roma werden wieder einmal nicht in Entscheidungen einbezogen, die ihr Schicksal und Leben betreffen – denn im September 2002 wird es ein neues Rückkehrabkommen zwischen BRD und BRJ geben, ohne dass ein Vertreter der Roma anwesend sein wird. Dies widerspricht eindeutig den europäischen Richtlinien für Minderheiten.

Den Vertretern der Roma wurden von seitens der jugoslawischen Delegation folgende Standpunkte über die Rückführmaßnahmen der deutschen Regierung von 50 000 jugoslawischen Flüchtlingen in NRW, die keinen geregelten Aufenthalt haben (jährlich werden 1200 von ihnen ausgewiesen) erläutert:

- *„Die deutsche Seite wird die Abschiebung der jugoslawischen Mitbürger (davon sind 80% Roma) mit der gleichen Intensität (d.h. 70-80 Personen monatlich) fortsetzen.“* Das heißt, es werden 40 Jahre für die Rückkehr aller Flüchtlinge aus der BRJ benötigt.
- *„Den Vertretern der deutschen Ämter wurde mitgeteilt, dass ihre Verantwortung groß ist angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation in BRJ.“*
- *„Es wurde mitgeteilt, dass die 1.200 Personen, die eine Duldung haben und für eine Deportation in diesem Jahr vorgesehen sind, nicht unbedingt abgeschoben werden.“*
- *„Die deutsche Seite versprach, dass jeder Fall einzeln behandelt wird und wenn irgendwelche Gründe vorliegen (wie Krankheit, Beschäftigung, Altersgrenze, humanitäre Gründe), wird ein Aufenthalt in NRW genehmigt.“* Wenn hier von Beschäftigung geredet wird, sollte man den Roma auch eine Chance geben und nicht wie in den meisten Fällen die Arbeitserlaubnis verweigern.
- *„Auch wurde erwähnt, dass ab 01.01.03 das neue Ausländergesetz in Kraft tritt, welches viel liberaler sei.“* Auch das gilt unserer Kenntnis nach nur für Personen mit Arbeitserlaubnis.
- *„Die deutsche Seite betonte, dass sie bereit ist, die Programme für die Reintegration von Roma zu unterstützen. Da sie aber nicht genügend finanzielle Mittel dafür zur Verfügung hat, wird die Europäische Union diese Mittel bereitstellen.“* Hier weisen wir darauf hin, dass es z.Z. wichtiger wäre zunächst Integrationsmaßnahmen für die in der BRJ lebenden Roma zur Verfügung zu stellen, um deren Lage zu verbessern.
- *„Die deutsche Seite wird in aktiver und unmittelbarer Kommunikation mit den Vertretern der Roma stehen, um weitere und ähnliche Spannungen zu vermeiden.“*
Wenn dies wirklich im Interesse der deutschen Politik steht, sollten die Roma in Zukunft an allen Entscheidungen beteiligt werden, die ihr Leben betreffen.

All diese Versprechen von seitens der deutschen Regierung sollten, so wie sie abgesprochen wurden, auch eingehalten werden. Unsere Organisation C.I.A.E.R besteht darauf aktiv beteiligt zu werden und mit dem Innenministerium und den Ausländerbehörden zusammen zuarbeiten. Für die 70-80 Personen, die monatlich abgeschoben werden sollen, möchten wir eine Einzelfallprüfung durchsetzen und bitten deshalb um die Liste der für die Ausweisung vorgesehenen Personen. Denn so können wir für die Betroffenen Klarheit schaffen und den psychischen Druck, der auf den Roma lastet vermindern. Zumindest könnte die quälende Ungewissheit beseitigt werden, indem ein zeitliches Limit geschaffen und den Roma ein menschliches und faires Verfahren ermöglicht wird.

Wir hoffen, dass die deutschen Behörden auf uns zu gehen, damit der massive Druck, der seit Jahrzehnte auf die Roma ausgeübt wird, aufhört. Der Umgang der deutschen Regierung mit den Roma muss sich ändern. Es kann nicht angehen, dass man mit den Roma herum experimentiert und sie zu einem Spielball der Politik macht. Die Roma sind mündige Menschen, die auch als solche behandelt werden wollen.

C.I.A.E.Roma-Union e.V. Essen/NRW/

Dzoni Sichelschmidt (Sprecher)

C.I.A.E.R ROMA – UNION e.V. Essen /NRW/